

Tabak-Arbeiter

Nr. 36 / Bremen, den 5. September 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf. ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf. für die dergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand und Hulsung. Verantwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand und Hulsung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. D. Schmalzfeldt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domsheide 20780. Geld- und Einschreibungen an Johannes Krohn, Postfach 5949 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand und Hulsung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Besenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Internationaler Tabakarbeiter-Kongress

Am 17. August, morgens 10 Uhr, begann im Sitzungssaal des Gewerkschaftshauses in Stockholm der 13. Internationale Tabakarbeiter-Kongress. Anwesend waren 23 Vertreter aus 12 Ländern und zwar aus Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Oesterreich, Polen, Tschechoslowakei, Schweden und aus der Schweiz.

Hulsung (Deutschland), der den Kongress eröffnete, begrüßte die anwesenden Delegierten und Vertrauensleute der einzelnen Länderorganisationen, insbesondere begrüßte er den Kollegen Johanson (Schweden), Vertreter des schwedischen Gewerkschaftsbundes, der aber auch gleichzeitig für den verhinderten Kollegen Mertens den internationalen Gewerkschaftsbund vertrat.

Wir tagen in einem Lande, wo die Gewerkschaftsbewegung vorbildlich ist. Die schwedische Arbeitererschaft hat schwere Kämpfe führen müssen, um sich dem Kapitalismus gegenüber durchzusetzen. Vorteile für die Arbeitererschaft sind nicht ausgeblieben. Dieses war allerdings nur möglich, weil die schwedische Arbeitererschaft in ihrer Mehrheit fest zur Organisation steht. Wir müssen uns die schwedische Organisation zum Vorbild nehmen und versuchen, die Tabakarbeitererschaft aller Länder zu organisieren, denn nur durch eine starke gewerkschaftliche Organisation kann die Lebenslage des Tabakarbeiter-Proletariats gebessert werden. Wir tagen in einer Zeit der Volkswirtschaftskrise, wo Massenarbeitslosigkeit, Not und Elend in fast allen Ländern vorherrschend sind. Diese Krise wird von den Unternehmern aller Länder ausgenutzt, die Arbeitererschaft in ihrem Recht zu beschneiden und die Löhne abzubauen. Der Verkürzung der Arbeitszeit, die durch die rasende technische Entwicklung und Rationalisierung eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist, legen sie heftigsten Widerstand entgegen. In diesen Bestrebungen finden die Unternehmer Unterstützung bei den Kapitalisten rechts und links. Unsere Aufgabe soll und muß es sein, uns gegen diese Willkür mit aller Macht zur Wehr zu setzen. Durch den Internationalen Tabakarbeiter-Verband haben die im Kampf stehenden Organisationen immer Unterstützung gefunden, nicht nur moralisch, sondern auch finanziell. Im Augenblick steht die norwegische Tabakarbeitererschaft im Kampf gegen Lohnabbau und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im Anfang waren kleine Gruppen ausgesperrt. Nachdem die Arbeitgeber ihr Ziel hierdurch nicht erreichen konnten, ist jetzt fast die gesamte norwegische Tabakarbeitererschaft ausgesperrt. Unsere Sympathie gehört der norwegischen Tabakarbeitererschaft. Wir hoffen, daß es ihnen gelingen wird, die Anschläge der Unternehmer abzuwehren.

Wir haben eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Es ist zu erwarten, daß die Meinungen auseinandergehen. Ich hoffe aber, daß die Tagesordnung in aller Freundschaft und Einmütigkeit erledigt wird und diese Tagung eine weitere Festigung der Internationale zur Folge hat zum Wohle des gesamten Tabakarbeiter-Proletariats.

Zum Schluß widmete Kebner dem verstorbenen Kollegen Pattermann (Oesterreich) recht warme Worte der Anerkennung und hob besonders das Wirken des Verstorbenen für die Internationale hervor.

Zu Ehren des Verstorbenen erhoben sich die Delegierten von ihren Sten.

Johanson (Schweden) begrüßte den Kongress und sagte, daß er nicht nur als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sondern auch im Namen der schwedischen Landesorganisation spreche. Er dankt dem Kollegen Hulsung für die Begrüßung und gibt seiner Freude Ausdruck, daß der diesjährige Tabakarbeiter-Kongress in Stockholm stattfindet. Er gibt einen Überblick über die Verhältnisse in der schwedischen Tabakindustrie und stellt fest, daß seit Bestehen des schwedischen Tabakmonopols durch die technische Entwicklung und der Rationalisierung die Arbeitsmöglichkeiten schlechter geworden sind, so daß jetzt etwa nur noch 50 Prozent der Tabakarbeiter in der Industrie Beschäftigung haben.

Nach den Begrüßungsansprachen wurde eine Mandats-Prüfungs- und eine Revisions-Kommission gewählt. Es wurde weiter beschlossen, daß der Kongress von morgens 9—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr tagen soll.

Eichelsheim (Holland), Intern. Sekretär, gab hierauf seinen Bericht: In den Berichtsjahren sind wieder die nötigen Schritte unternommen, um unsere Internationale auszubauen und zu stärken. Die Tatsache, daß noch immer nicht in allen Ländern die Valuta stabilisiert

ist, in einer Anzahl von Ländern die politischen Verhältnisse sehr verwickelt sind, daß in diesen Ländern die Tabakarbeiter meistens noch nicht organisiert sind, macht es äußerst schwierig, neue und wichtige Gruppen der Tabakarbeitererschaft zu der Internationale heranzuziehen. Trotzdem kann gesagt werden, daß es auch in der Berichtszeit möglich war, die Zahl der angeschlossenen Länder und damit die Zahl der Mitglieder zu erhöhen. Sofort nach dem Pariser Kongress habe ich die Korrespondenz mit Amerika, Spanien, Italien und Griechenland aufgenommen. Von Amerika und Italien habe ich keine Nachricht erhalten. In Spanien liegen die Verhältnisse so, daß keine einheitliche Organisation besteht. Wenn die Republik Spanien gefestigt ist, muß mit allem Nachdruck versucht werden, dort eine einheitliche Organisation zu schaffen und diese dann der Internationale anzuschließen. Griechenland und Rumänien haben den Anschluß an die Internationale vollzogen. Bisher sind jedoch von diesen beiden Ländern noch keine Beiträge geleistet worden, weshalb diese beiden Länder auch nicht auf dem Kongress vertreten sind.

Bezüglich der Erhebung über Maschinenarbeit muß gesagt werden, daß das Ergebnis der Erhebung nicht so ausgefallen ist, wie es wohl wünschenswert gewesen wäre. Von den angeschlossenen Landesorganisationen haben 6 die Berichtsbogen ausgefüllt und eingeschickt. Von 8 Ländern ist kein Material eingegangen. Daher ist es nicht möglich, ein klares Bild über die Entwicklung in unserer Industrie zu bekommen und das Material zu verarbeiten. Ich beantrage, daß die Länder, die die Berichtsbogen über Erhebung der Maschinenarbeit noch nicht eingeschickt haben, diese innerhalb 3 Monate dem Internationalen Sekretär ein-senden.

v. d. Hoeven (Holland) bedauert, daß nicht von allen Ländern berichtet ist, sagt aber, wenn man sich das Ergebnis der Erhebung ansieht, ist aus den Ländern berichtet, die 70 Prozent der Mitglieder im Internationalen Tabakarbeiter-Verband stellen. Daß nicht alle Länder berichtet haben, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Fragestellung auf dem Berichtsbogen zu kompliziert gewesen sei. Statt auf das Material zu verzichten, wäre es richtiger gewesen, daß der Sekretär die Länder, die nicht berichtet haben, bereist hätte, um das Material selbst zu sammeln.

v. d. Moortele (Belgien): Wir gehören zu den Ländern, die das Material nicht eingeschickt haben. Wir haben davon Abstand genommen, weil in Belgien die Maschinen in unserer Industrie eine unerhebliche Rolle spielen. In ganz Belgien sind nur 3 Maschinen aufgestellt, mit denen kopflose Zigarren hergestellt werden und etliche ganz primitive Zigarillomaschinen mit Fuhantrieb.

Hulsung (Deutschland): Ich bin der Meinung, daß die Fragebogen, die den einzelnen Ländern zugegangen sind, noch nicht ausführlich genug gewesen sind. Wir haben die Fragen so einfach wie möglich gestellt, weil wir wußten, daß bei Aufstellung des Materials Schwierigkeiten entstehen würden. Es ist aber unbedingt notwendig, derartige Material zu sammeln und aufzustellen, damit wir die Interessen der Tabakarbeiter nach jeder Richtung hin wahren können. Diese statistischen Erhebungen müssen laufend gemacht werden, damit wir immer über den Stand und die Entwicklung in unserer Industrie unterrichtet sind. Die Leitungen der einzelnen Landesorganisationen müssen Sorge dafür tragen, daß einwandfreies Material geliefert wird und müssen bei Aufstellung und Ausfüllung solcher Berichtsbogen den Belegschaften behilflich sein. Dann wird das Material auch wertvoller werden. Ich bin der Meinung, daß es nicht Aufgabe des Internationalen Sekretärs sein kann, das Material aus den einzelnen Ländern selbst zusammenzutragen, dazu sind die Landesorganisationen verpflichtet.

In Deutschland haben wir bei der Erhebung auch nicht alle Maschinen reiflos erfasst. Das zusammengetragene Material genügt jedoch, um die Entwicklung zu beobachten und die notwendigen Feststellungen zu machen. In Deutschland sind zurzeit die primitiven Maschinen zum größten Teil stillgelegt, die modernen Maschinen sind jedoch in Betrieb und werden fortgesetzt technisch vervollkommen. Durch die Erhebung hatten wir in Deutschland 1278 Maschinen erfasst; 50 Maschinen, mit denen Zigarren vollständig hergestellt werden; 93 Zigarrenwickelmaschinen; 162 Maschinen, die komplette Zigarillos herstellen; 259 Zigarillowickelmaschinen und 475 Maschinen, mit denen Stumpfen hergestellt werden. Außerdem sind noch 239 sonstige Maschinen, wie Entrippungsmaschinen usw. festgestellt. Der Lohn für die an den

Maschinen Beschäftigten ist durchweg geringer als der Lohn für Handarbeiter. In der Zigarettenindustrie zeigt die Entwicklung insbesondere wie rasch die Technisierung vorwärts gegangen ist.

Schnaubelt (Österreich) gibt anschließend den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es ist festgestellt, daß auf dem Kongreß 12 Länder mit 13 Organisationen vertreten sind. Anwesend sind 23 Delegierte (Vertrauensleute der Länder eingeschlossen), 2 Uebersetzer und als Gast Kollege Johanson (Schweden). Mandate wurden nicht beanstandet.

Santen (England): Auch wir haben die Berichtshogen nicht ausgefüllt und eingeschickt, weil es uns einfach nicht möglich war, die notwendigen Unterlagen zu bekommen. In der englischen Tabakindustrie ist eine Umstellung erfolgt. Unsere älteren gelernten Arbeitskräfte werden aus der Industrie herausgedrängt und junge Mädchen dafür eingestellt. Es soll jedoch erneut versucht werden, die Erhebung durchzuführen.

Dise n (Dänemark) bedauert, daß die Berichtshogen nicht von allen Ländern ausgefüllt und eingeschickt sind. Es sei wohl schwer, das Material zu bekommen, aber bei einigermaßen gutem Willen hätte man es doch möglich machen können.

Clement (Deutschland): Es ist notwendig, daß von allen Ländern laufend über die Entwicklung in der Industrie berichtet wird. Die technische Entwicklung in Deutschland, Danemark und Schweden zeigt insbesondere, daß es mehr denn je erforderlich ist, alles zu tun, was nach dieser Richtung zu tun möglich ist, um die Tabakarbeiterchaft vor Schaden zu bewahren.

Schnaubelt (Österreich): Bezüglich der Betriebsfragebogen bedauere ich, daß einzelne Länder nicht berichtet haben. Daß es nicht gelungen ist, Italien, Amerika und Spanien für die Internationale zu gewinnen, scheint mir nicht so erheblich zu sein als wie die Mitteilung Eichelsheims, daß es nicht gelungen ist, die beiden Verbände in der Tschechoslowakei sowie die beiden Verbände in Dänemark zu verschmelzen.

Elia son (Schweden) bedauert ebenfalls, daß die Berichterstattung nicht so erfolgt ist, wie es notwendig gewesen wäre. Das Versäumte muß unbedingt nachgeholt werden. Er gab weiter einen kurzen Bericht über die Verhältnisse in der schwedischen Tabakindustrie und sagt, daß in Schweden die gesamte Industrie technisiert und keine Handarbeit mehr vorhanden ist. Es werden in Schweden zum größten Teil weibliche Arbeitskräfte beschäftigt, die von der Monopolverwaltung, wenn sie das 57. Lebensjahr erreicht haben, pensioniert werden. Die Pension beträgt 62 Prozent des Arbeitslohnes.

Eichelsheim (Holland): Die Aussprache hat ergeben, daß der Kongreß mit der Tätigkeit des Sekretärs und der Exekutive einverstanden ist. Es ist alles getan, was zu tun möglich war. Rumänien und Griechenland sind, nachdem die Aufnahme erfolgt ist, des öfteren aufgefordert, Beiträge zu zahlen. Es ist bedauerlich, daß diese beiden Landesorganisationen ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Ferner ist nichts unversucht geblieben, die beiden Verbände der Tschechoslowakei und Dänemarks zusammenzubringen. Diese Versuche sind jedoch an dem Widerstand der Mitglieder in diesen Verbänden gescheitert. Ich bitte den Kongreß, in dieser Sache keinen Beschluß zu fassen, sondern die Exekutive zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Verschmelzung in beiden Ländern durchgeführt wird. Das Material über die Erhebung der Maschinenarbeit habe ich nicht zusammengestellt, weil das Material nicht vollständig war und kein klares Bild ergeben hätte. Ich bitte meinem Antrag zuzustimmen, der belagt, daß die Berichtshogen von den Ländern, die die Erhebung nicht vorgenommen haben, innerhalb 3 Monate dem Sekretär einzusenden sind. Der Kongreß beschloß, der Anregung des Sekretärs folgend, die fehlenden Berichtshogen einzufordern.

Eichelsheim (Holland) teilt mit, daß auf Grund des Pariser Beschlusses vom Internationalen Sekretariat an die im Kampf stehende norwegische Landesorganisation 17 000 Gulden gesandt worden sind. Des weiteren sind von den einzelnen Landesorganisationen Geldbeträge nach Norwegen geschickt worden. Die Exekutive habe beschlossen, dem Kongreß vorzuschlagen, daß der Pariser Beschluß über obligatorische Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen auf unbestimmte Zeit verlängert werde.

Abrahams (Norwegen) gibt einen kurzen Bericht über den Stand des Kampfes in Norwegen und sagt, daß die norwegische Tabakarbeiterchaft jetzt über 5 Monate im Kampfe steht. Die Unternehmer beabsichtigen, einen Lohnabbau von 15 bis 45 Prozent vorzunehmen. Wenn sie die Unterstützung auf Grund des Pariser Beschlusses von der Internationale nicht bekommen hätten, hätten sie den Kampf schon abbrechen müssen.

Zu dem Pariser Abkommen über Streiks und Aussperrungen stellt Österreich den Antrag: „Bei Streiks und Aussperrungen, bei welchen von den einzelnen Ländern die Internationale Hilfe in Anspruch genommen wird, soll über die Gewährung derselben die Exekutive jeweils beschließen. Die Höhe sowie die Form der zu leistenden materiellen Unterstützung wird auf dem Internationalen Kongreß beschlossen. Die von den einzelnen Ländern bereitgestellten Mittel sind als unverzinsliche Darlehen zu betrachten und daher wieder zurückzuerstatten.“

Holland beantragt: „Der Kongreß beschließe, das Uebereinkommen des Pariser Kongresses über obligatorische Unterstützung bei Streiks und Aussperrung, das versuchsweise auf 3 Jahre Gültigkeit erlangt hat, nunmehr auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Es soll von den daran beteiligten Organisationen mindestens 3 Monate vor einem Internationalen Kongreß gekündigt werden können und falls die Kündigung aufrechterhalten wird, das Vertragsverhältnis am Ende des Jahres, in welchem der Kongreß stattfindet, ablaufen.“

Schnaubelt (Österreich) begründet den österreichischen Antrag und sagt, wenn der Pariser Beschluß auf unbestimmte Zeit in der alten Form verlängert wird, besteht die Möglichkeit, daß Streiks in manchen Fällen unnötig in die Länge gezogen werden. Wenn die Unterstützung als unverzinsliches Darlehen gegeben wird und zurückgezahlt werden muß, wird das verhindert. Des weiteren fällt es in Österreich schwer, die Beiträge dafür aufzubringen, da diese von den Mitgliedern extra gezahlt werden müssen.

Santen (England) sagt, daß er mit der Verlängerung des in Paris gefaßten Beschlusses einverstanden ist.

Hulung (Deutschland): Der verstorbene Kollege Pattermann (Österreich) hat auf dem Pariser Kongreß ausdrücklich erklärt, daß Österreich aus Solidarität den Beitrag von 15 Cent zahlen will, trotzdem in Österreich das Tabakmonopol bestehe und ein Arbeitskampf nicht so leicht zu befürchten sei. Da Österreich jetzt geltend macht, daß der Beitrag nicht gut aufzubringen ist, schlägt die Exekutive vor, den Beitrag für Österreich von 15 auf 10 Cent herabzusetzen. Zu dem Antrag von Holland sagt Kollege Hulung, daß der erste Teil des Antrages sich mit dem Vorschlag der Exekutive deckt, der letzte Teil des Antrages aber eine Kündigung des Abkommens vorsieht. Er bittet, den letzten Teil des Antrages zurückzuziehen und dafür zu setzen, daß der jeweils stattfindende internationale Kongreß eine Aenderung oder Aufhebung dieses Abkommens beschließen kann.

Der so geänderte Vorschlag der Exekutive wird einstimmig angenommen.

Hulung (Deutschland): Wir haben uns nun mit der Frage zu beschäftigen, ob die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für den Internationalen Tabakarbeiter-Verband erforderlich ist. Die Exekutive kann keinen Vorschlag machen, da die Meinung innerhalb dieser Körperschaft auseinandergeht und eine Einigung nicht möglich war. Die Gegner des Mitteilungsblattes vertreten den Standpunkt, daß durch die Herausgabe dieses Blattes, welches alle Vierteljahre erfolgen soll, die Mitglieder nicht früh genug in den einzelnen Ländern unterrichtet werden. In der heutigen Zeit, wo sich die Verhältnisse überschleunigen, ist es richtiger, die Landesorganisationen laufend durch Rundschreiben zu unterrichten. Für die Herausgabe des Mitteilungsblattes ist auch nicht genügend Material vorhanden, weil die einzelnen Länder in den meisten Fällen nicht einmal über die wichtigsten Vorgänge berichten. Die Befürworter des Mitteilungsblattes vertreten den Standpunkt, daß das Mitteilungsblatt ein Bindeglied zwischen den einzelnen Ländern wäre und die angeschlossenen Landesorganisationen über alle Vorkommnisse in den einzelnen Ländern unterrichten soll.

Santen (England) ist der Meinung, daß ein Mitteilungsblatt nicht herausgegeben wird, einmal, weil das Blatt hohe Unkosten verursacht, zum anderen, weil die einzelnen Landesorganisationen zu spät unterrichtet werden.

v. d. Moortele (Belgien) ist für versuchsweise Herausgabe des Mitteilungsblattes. Er macht den Vorschlag, daß die Exekutive, wenn das Mitteilungsblatt eine Zeit herausgegeben ist, Stellung nehmen soll und prüfen, ob sich die Herausgabe bewährt.

v. d. Hoepen (Holland) spricht sich für die Herausgabe eines Mitteilungsblattes aus. Er ist der Meinung, daß das Mitteilungsblatt eine unbedingte Notwendigkeit ist, weil dadurch die einzelnen Länder bis ins kleinste über die Verhältnisse in der Industrie unterrichtet werden können. Auch soll im Mitteilungsblatt die Preisgestaltung des Roh-tabaks am Markt in Holland mit aufgenommen werden, da er der Meinung ist, daß dieses für die Lohnpolitik in der Industrie von Bedeutung ist.

Eichelsheim (Holland) setzt sich ebenfalls für die Herausgabe des Mitteilungsblattes ein. Er sagt, daß er im März 1929 ein Mitteilungsblatt herausgegeben habe, allerdings ohne Genehmigung der Exekutive. Er habe den Eindruck gewonnen, daß der größte Teil der angeschlossenen Länder mit dem Mitteilungsblatt durchaus zufrieden gewesen ist und die Herausgabe begrüßt habe. Die Exekutive habe die weitere Herausgabe untersagt, weil man der Meinung war, daß dieses Mitteilungsblatt keine aktuelle Bedeutung habe. Alle anderen internationalen Verbände geben Mitteilungsblätter heraus. Er würde es begrüßen, wenn auch von der Tabakarbeiter-Internationale ein Mitteilungsblatt herausgegeben würde.

Krohn (Deutschland) spricht sich gegen das Mitteilungsblatt aus und sagt: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Mitteilungsblatt keine aktuelle Bedeutung hat und haben kann, weil alle Berichte verspätet an die einzelnen Landesorganisationen und somit an die Mitglieder gelangen, weil das Mitteilungsblatt nur alle Vierteljahre herausgegeben werden soll. Wir haben uns schon oft mit dieser Frage beschäftigt und sind immer wieder zu der Überzeugung gekommen, daß ein solches Mitteilungsblatt keine Bedeutung hat. Im Jahre 1911/12 ist schon ein solches Blatt herausgegeben worden, mußte aber wieder eingestellt werden, weil nicht genügend Material von den einzelnen Ländern eingeschickt wurde. Heute liegen die Verhältnisse noch weit schlechter als früher. Auch spielt die Geldfrage eine Rolle mit. Soll das Mitteilungsblatt eine aktuelle Bedeutung haben, muß das Blatt in ganz kurzen Zeitabständen herausgebracht werden. Diese Arbeit könnte aber vom internationalen Sekretär nicht verrichtet werden, es müßte dann schon ein Redakteur angestellt werden. Dann müßten natürlich die Beiträge wesentlich erhöht werden.

Wir sind der Meinung, daß die einzelnen Länder alles, was von Bedeutung ist, dem Sekretär berichten und dieser es dann laufend durch Rundschreiben an die einzelnen Landesorganisationen weiterleitet. Sollte sich im Laufe der Jahre herausstellen, daß ein Mitteilungsblatt notwendig ist, muß die Exekutive Stellung nehmen und die notwendigen Beschlüsse fassen.

Neuchâtel (Schweiz) spricht sich für das Mitteilungsblatt aus. Er ist der Meinung, daß die einzelnen Landesorganisationen über alles, was in der Industrie vorgeht, nur durch ein Mitteilungsblatt unterrichtet werden können. Die Kosten könnten dadurch herabgemindert werden, daß die einzelnen Verbände das Blatt gegen Bezahlung abonnieren.

Schnaubelt (Österreich) spricht sich ebenfalls für das Mitteilungsblatt aus. Er macht den Vorschlag, die Herausgabe des Mitteilungsblattes vorläufig auf ein Jahr zu beschließen. Nach Ablauf dieses Jahres soll die Exekutive an die angeschlossenen Länder Bericht erstatten, ob sich die Herausgabe bewährt hat und welche Kosten damit verbunden sind.

Sulung (Deutschland) spricht sich gegen die Herausgabe aus und ist der Meinung, daß nicht die Kostenfrage ausschlaggebend ist, sondern der aktuelle Wert und die Bedeutung des Mitteilungsblattes. Der internationale Sekretär hat von der Exekutive den Auftrag, sämtliche aktuellen Fragen und Mitteilungen sofort durch Rundschreiben an die einzelnen Landesorganisationen zu berichten. Was in den letzten zwei Jahren von den angeschlossenen Landesorganisationen berichtet worden ist, war recht dürftig. Wenn von den einzelnen Ländern dem Mitteilungsblatt so große Bedeutung beigelegt wird, wäre es in erster Linie Pflicht der Länder gewesen, über alle Vorgänge zu berichten, damit auch eine regelrechte Berichterstattung erfolgen kann. Die Schweiz hat nicht einmal über den Ausgang des dortigen Lohnkonfliktes berichtet. Es wäre sehr gut, wenn der Kollege v. d. Hoeven über die Preisgestaltung des Rohtabaks am holländischen Markt berichten würde. Diese Berichterstattung bekäme aber erst den richtigen Wert, wenn wir wissen, welche Tabake in den einzelnen Ländern zur Verarbeitung gelangen. Ich bitte, von der Herausgabe eines Mitteilungsblattes Abstand zu nehmen, da der Zeitpunkt für eine Herausgabe noch nicht gegeben ist.

An der weiteren Aussprache über diesen Punkt der Tagesordnung beteiligten sich noch weiter die Vertreter Hollands, Dänemarks und Schwedens, die ebenfalls das Für und Wider erwogen. Die Abstimmung der Länder ergab: 10 Stimmen für Herausgabe eines Mitteilungsblattes, 13 Stimmen gegen die Herausgabe. Somit wird vom Internationalen Tabakarbeiter-Verband kein Mitteilungsblatt herausgegeben.

(Schluß folgt.)

Wirtschaftskrise und Tarifpolitik

Das gesamte Wirtschaftsleben der Welt wird in der gegenwärtigen Zeit von einer Krise heimgesucht, wie sie in der Zeit des kapitalistischen Produktionsprozesses noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Es liegt im Wesen des Kapitalismus, sie rückwärtslos und brutaler die Produktionsmittel zur Herstellung von Gütern ausgenutzt werden, um so größer und schwieriger werden die Mittel und Wege sein, die in Unordnung geratene Produktionsmaschinerie wieder in geordnete Bahnen zu lenken.

Das Opfer dieser Wirtschaftskrisen ist im übergroßen Maße die merktätige Bevölkerung, welche in den Zeiten der Absatzstockungen rücksichtslos aus den Betrieben entlassen werden und so die Folgen der verkehrten Wirtschaftspolitik auszukosten haben. Wir sehen es ja, daß in allen Ländern der Erde Millionen von Arbeitslosen vorhanden sind, welche gerne bereit wären, als produktive Kräfte wieder in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen. Statt dessen müssen sie zusehen, wie jetzt sogar die Maschinen, welche zur Herstellung von Waren bestimmt sind, zur Untätigkeit wie sie selbst verurteilt sind. Diese durch die Krise zur Arbeitslosigkeit Verurteilten sind dann auf die Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung, wo eine solche besteht, angewiesen, oder aber dort, wo keine derartige Einrichtung vorhanden ist, auf sich selbst angewiesen. Die Weltwirtschaftskrisen zu bekämpfen heißt, mit dafür einzutreten, daß an Stelle der heutigen planlosen, nur auf den Profit eingestellten Gütererzeugung, einem geregelten, den Bedürfnissen angepaßten Produktionsprozeß die Wege geebnet werden. Um an die Stelle des kapitalistischen Systems das von uns allen erstrebte sozialistische Wirtschaftssystem zu setzen.

Außerdem hat auch noch der Fortschritt der Technik eine ungeheure Umwälzung in den Betrieben hervorgerufen. Es ist die im hohen Maße durchgeführte Rationalisierung, welche die Arbeitslosigkeit in erschreckender Weise mit veranlaßt hat. Wenn wir uns auch als moderne Menschen nicht dem Fortschritt entgegenstellen, so müssen wir uns doch dagegen wehren, daß wir als arbeitendes Volk die Fortschritte der Technik mit dem Ausstoß aus dem Produktionsprozeß bezahlen sollen. Erfindergeist und Kulturfortschritt dürfen sich nicht so auswirken, daß nur ein kleiner Teil der Menschheit das Gute des Fortschritts genießen kann, sondern die gesamte Menschheit hat ein Unrecht auf den Genuß von Fortschritt und Kultur.

Nun ist es eine alte Tatsache, daß im Zeichen wirtschaftlicher Depression die Gewerkschaften ihre Hauptaufgabe darin erblicken, die in Zeiten besserer Wirtschaftslage errungenen Positionen zu erhalten, sei es in puncto Lohn- oder sonstiger Arbeitsgelegenheiten, während auf der anderen Seite die Unternehmer alles aufbieten, um der Menschheit begreiflich zu machen, daß der Grund der Wirtschaftskrise nur auf die hohen Löhne und Gehälter zurückzuführen ist. Ferner nutzen sie die große Arbeitslosigkeit aus, um so auf jede Art und Weise zu versuchen, Lohn-

kürzungen vornehmen zu können. Leider gelingt es ihnen auch, wie wir es ja erlebt haben, infolge der wirtschaftlichen Lage Lohnkürzungen durchzusetzen. Auf Grund unserer seit 1919 betriebenen Tarifpolitik konnten wir den überspannten Plänen der Unternehmer einen Damm entgegensetzen. Hätten wir diese Tarifpolitik in unserer Gewerkschaft nicht geführt, so wären wir sicher mit den Lohnkürzungen, wie wir sie in dieser Krise haben leider hinnehmen müssen, nicht davongekommen. Noch heute sind die Unternehmer, vornehmlich in der Zigarrenherstellung, am Werke, um zu versuchen, hier und dort die an sich niedrigen Löhne der Zigarrenarbeiter zu drücken.

In einer Reihe von Tarifbezirken versuchen es die Unternehmer, unseren Kollegen plausibel zu machen, daß an der Arbeitslosigkeit lediglich die hohen Löhne schuld seien. Würden die Löhne herabgesetzt, wären die Arbeitgeber in der Lage, mehr Arbeiter beschäftigen zu können. Hier kann den Kollegen nicht dringend genug geraten werden, sich durch keine Versprechungen irre machen zu lassen, sondern alles aufzubieten, die tariflich vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Unser Tarifwerk darf durch nichts gebrochen werden. Den Unternehmern würde es sicher wieder das Angenehmste sein, wie in der Vorkriegszeit die Höhe der Löhne nach ihrem Ermessen zu bestimmen. Dieses darf auf keinen Fall wieder eintreten.

Aber auch innerhalb unserer Kollegenschaft gibt es Meinungen, daß wir ohne unsere Tarifpolitik weitergekommen wären. Diesen Meinungen kann damit entgegengetreten werden, daß man sagt: „Gewiß wäre es vielleicht möglich gewesen, hier und dort etwas mehr zu erreichen, aber an diesem Vorteil wäre nur ein ganz kleiner Teil der Kollegenschaft beteiligt gewesen, während an den Regelungen durch unsere Tarifpolitik die gesamte Kollegenschaft Deutschlands teil hat.“ Vor allen Dingen in denjenigen Gegenden, wo bis zur Einführung der tariflichen Regelung die erbärmlichsten Löhne gezahlt wurden. Und gerade für diese Kollegenschaft sind im Zeichen einer Wirtschaftskrise unsere Tarife von außerordentlichem Wert. Auch sie haben die Pflicht, darauf zu achten, daß die ihnen nach ihrem Bezirkstarif zustehenden Löhne gezahlt werden.

Am Schluß des Jahres 1930 hatte der Deutsche Tabakarbeiter-Verband 44 Tarife für 3439 Betriebe abgeschlossen. In diesen waren 162 476 Personen beschäftigt. Erst aus diesen Zahlen, welche dem Jahresbericht von 1930 entnommen sind, kann man ersehen, was wir in der Zeit der Wirtschaftskrise im Interesse der deutschen Tabakarbeiterschaft zu verteidigen haben.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, sei in der Zeit der Krise unsere Parole: Achtet auf die Einhaltung der tariflichen Bedingungen! Gebt euch nicht zu außertariflichen Handlungen her!

Leider gibt es noch einen großen Teil Tabakarbeiter, welche den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Dies muß immer wieder zugerufen werden: „Auch ihr nehmt teil an den Errungenschaften der Gewerkschaft, deshalb ist es auch eure Pflicht, dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband als Mitglied beizutreten, um mit den organisierten Arbeitern zu kämpfen für eine neue, bessere Zukunft! Nur durch eine einige und geschlossene Organisation können wir dem Unternehmertum wirksam entgegengetreten!“

W. W.

Der Kampf um die Sozialversicherung ist Klassenkampf

Die Zeitschrift „Deutsche Krankenkasse“ Nr. 33 zitiert aus einer Arbeit des bekannten Volkswirtschaftlers Prof. Robert Wilbrandt u. a. folgende Stelle, die wir ohne Zusatz wiedergeben:

Der Kampf um die Sozialversicherung ist ein Klassenkampf, besser gesagt: eine Form des Klassenkampfes. Man kämpft in diesem Kampf mit den verschiedensten Waffen, durchaus nicht nur mit der Waffe der sachlichen Kritik, sondern mit moralischen und ethischen Werturteilen, man verurteilt in sittlicher Empörung das Bestreben der breiten Massen das in jedem menschlichen Leben vorhandene Risiko auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Man geht noch einen Schritt weiter und stellt sich besonders empört, daß es ja nicht die Allgemeinheit sei, die so zum Risikoträger gemacht wird, sondern nur die viel kleinere Schicht der Besitzenden, eben eine „Klasse“. Ohne auf die Frage der Berechtigung dieser Risikoabwälzung schon hier eingugehen, muß auf die Tatsache hingewiesen werden, daß man ein Prinzip verurteilt, daß man sich mit publizistischer und oratorischer Leidenschaft gegen einen Zustand wehrt, in dem man selbst verharrt. Jede Subvention, jede Forderung von Zollschutz für bestimmte Industrien, jedes Kartell stellt die Anwendung des gleichen Prinzips der Risikoabwälzung auf die Allgemeinheit wie die Sozialversicherung dar. Der vor dem Forum der Öffentlichkeit erscheinende Ankläger könnte von einem imaginären Staatsanwalt ohne weiteres in den Stand des Angeklagten versetzt werden.

Die Streichung der Sonderunterstützung eine Härte — aber die Fortzahlung derselben untragbar

Unsere Gauleitung in Heidelberg hatte im Juni d. J. mit dem Herrn Staatspräsidenten von Baden eine Unterredung über Weitergewährung der Sonderunterstützung für Tabakarbeiter nach der Verordnung vom 18. Dezember 1930. Auf Grund dieser Unterredung wurde von der badischen Staatsregierung dem Herrn Reichskanzler ein Schreiben übersandt. Die Antwort des Herrn Reichskanzlers ist jetzt in dessen Auftrag von dem Herrn Staatssekretär der Reichskanzlei dem badischen Innenministerium übersandt. Unserer Gauleitung in Heidelberg wurde eine Abschrift dieses Antwortschreibens zugestellt, aus dessen Inhalt im nachfolgenden das Wichtigste veröffentlicht wird.

Einleitend wird in diesem Schreiben erwähnt, daß der Herr Reichskanzler sich mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen wegen der Sonderunterstützung für Tabakarbeiter ins Benehmen gesetzt hat und, nachdem dessen Stellungnahme nunmehr vorliegt, folgendes zu erwidern ist. Die Aufhebung der Vorschriften über die Unterstützung der Arbeitnehmer des Tabakgewerbes hat sich mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage des Reiches leider nicht umgehen lassen. Die Unterstützungszahlungen hatten bereits eine solche Höhe erlangt, daß ihre Fortzahlung als untragbar erachtet werden mußte. Wenn auch die Streichung der Sonderunterstützungen als solche als Härte empfunden werden mag, so ist demgegenüber doch festzustellen, daß die Beschäftigung sowohl im Tabakgewerbe im ganzen als auch in der Zigarettenindustrie im besonderen in neuerer Zeit sich ganz bedeutend gebessert hat.

Als Anhalt hierfür werden Anlagen über den Beschäftigungsgrad in der Tabakindustrie vom Oktober 1929 bis Mai 1931 beigelegt. Desgleichen ist noch eine Tabelle über den Beschäftigungsgrad von fünf anderen Berufsgruppen für die Monate März, April und Mai 1931 beigelegt, womit bewiesen werden soll, daß die Arbeitsmarktlage in einer Reihe anderer Industrien seit einigen Monaten noch ungünstiger, oder doch etwa gleich ungünstig wie im Tabakgewerbe ist.

Mit Rücksicht auf dieses Verhältnis zu anderen Industrien würde es in der gegenwärtigen Notzeit nicht verstanden werden, wenn den Angehörigen des Tabakgewerbes eine Sonderunterstützung fortgewährt würde. Aus diesen Erwägungen heraus kann zu meinem Bedauern eine Wiederbelebung der Sonderunterstützung nicht in Aussicht gestellt werden.

Dieses Schreiben spricht für sich selbst. Kommentar überflüssig!

Kurz vor Redaktionsschluß erhielten wir noch nachfolgendes Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers:

Betrifft: Sonderunterstützung für Arbeitnehmer des Tabakgewerbes.

Ich habe von Ihrer Eingabe wegen einer Weitergewährung der Tabaksteuerunterstützung Kenntnis genommen und mich mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen, dem Sie das gleiche Schreiben wie mir haben zugehen lassen, ins Benehmen gesetzt. Da der Herr Reichsminister der Finanzen für die Fragen der Tabakarbeiterunterstützung in erster Linie zuständig ist, werden Sie von ihm näheren Bescheid erhalten.

gez. Dr. Stegerwald.

Das diktatorische Element in der Demokratie

Kein Zweifel dürfte darüber bestehen, daß der Parlamentarismus und die Demokratie sich in einer Krise befinden. Deutschland kann sich rühmen, das freieste Wahlrecht der Welt zu besitzen. Trotzdem ist es seit der letzten Wahl unmöglich, ein arbeitsfähiges Parlament zusammen zu bekommen. Die deutsche Regierung regiert fast diktatorisch auf Grund der Vollmachten, die ihr gegeben sind. Außerhalb Deutschlands sehen wir, daß eine sehr große Zahl von Ländern diktatorisch ohne nennenswerten Einfluß des Parlaments regiert werden. Auch in einer demokratischen Regierungsform braucht in gewissen Zeiten eine diktatorische Herrschaft nicht unbedingt abgelehnt zu werden. Der Genosse Professor Gustav Radbruch hat in der Zeitschrift „Die Republik“ Gedanken zum Verfassungstag veröffentlicht, die sehr gute Wahrheiten enthalten. Ueber das oben angedeutete Thema läßt sich Radbruch folgendermaßen aus:

Parlamentarische Regierungsform bedeutet nicht, daß das Parlament regiert, sondern daß Führer regieren, die das Parlament beruft, das Parlament jederzeit wieder abberufen kann, die es aber, solange sie regieren auch wirklich regieren lassen muß. Das Wesen der Demo-

kratie ist Führerauslese, ihr Grundproblem ist, demokratische Sanktion mit autoritärer Führung zu verbinden. Der Gedanke der Diktatur hat bei uns gegenüber dem Gedanken der Demokratie nur deshalb so sehr an Einfluß gewinnen können, weil bei uns das diktatorische Element, das in der Demokratie selbst enthalten ist, nicht genügend erkannt und gewertet wurde.

Nach unserer Meinung sind derartige Gedanken durchaus beherzigenswert. Auch die Arbeiterschaft lehnt bei aller Sympathie für die reine Demokratie diktatorische Maßnahmen innerhalb derselben nicht unbedingt ab. Namentlich wenn es darum geht, staatsfeindliche Elemente niederzuhalten.

Gau- und Zahlstellenberichte

Kenzingen. Am Mittwoch, dem 19. August, fand im Gasthose „Zum Salmen“ eine gut besuchte Tabakarbeiter-Versammlung statt, in der die Kollegen Gauleiter Durban (Offenburg) und Bezirksleiter Wieber (Stimmendingen) als Referenten erschienen waren. In einem fünfviertelstündigen Referat behandelte Gauleiter Durban die Ursachen und Folgen der Wirtschaftskrise, unter denen auch die Tabakarbeiter schwer zu leiden haben. Die Wirtschaftskrise wird von Unternehmertreibern zum Teil absichtlich verschärft, um einerseits die Arbeiterschaft gefügig zu machen, damit sie sich willenlos der Diktatur der Arbeitgeber unterwerfen, andererseits aber auch, um die staatlichen Instanzen davon zu überzeugen, daß der Lohnabbau weiter durchgeführt werden muß. Unter Berücksichtigung oberbadischer und örtlicher Verhältnisse, wo eine Anzahl Unternehmer ihre Betriebe schließen, erörterte der Redner die Arbeitslosenunterstützung entsprechend der letzten Notverordnung. Dabei erwähnte er die Tabakarbeiter zu ernster Selbstbesinnung. Scharf verurteilte Redner das Verhalten der Unorganisierten, die sich als willenloses Werkzeug der Arbeitgeber gebrauchen lassen. Bis gegen Mitternacht wird in den Betrieben gearbeitet, nachher werden dann die Arbeiter und Arbeiterinnen um so früher auf die Straße gesetzt. Der Unfug, der mit der Ueberarbeit getrieben wird, kann nur beseitigt werden, wenn die Tabakarbeiter sich reiflos im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisieren. Aufklärungsarbeit muß vor allen Dingen geleistet werden. Jedes einzelne Mitglied unserer Organisation hat sich daran zu beteiligen, damit die noch unorganisierten Kollegen und Kolleginnen immer mehr aufgeklärt werden. Die Ausführungen des Kollegen Durban fanden bei den anwesenden Tabakarbeitern begeisterte Aufnahme. Im Anschluß daran sprach Bezirksleiter Wieber im ergänzenden Sinne. Dabei stellte er die Tätigkeit bestimmter Hexapostel ins rechte Licht. Zum Schluß sprach Kollege Wieber über die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes und legte klar, welchen Wert dieselben für die Tabakarbeiter bedeuten. Auch Kollege Wieber erteilte reichen Beifall für seine Ausführungen. Den Referaten folgte eine rege Aussprache, so daß der Versammlungsleiter, Kollege August Reck (Kenzingen), die Versammlung erst in später Abendstunde schließen konnte.

Bekanntmachungen

Am 5. September ist der 36. Wochenbeitrag fällig

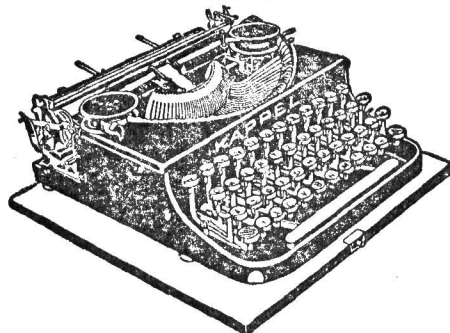
Folgende Gelder sind eingegangen:

- 22. August: Leisnig 500.—.
- 24. Unterrieden 200.—.
- 25. Dresden 500.—, Landsberg 80.—.
- 26. Salungen 200.—.
- 27. Gießen 100.—, Nordhausen 600.—.
- 28. Berlin 300.—, Reilingen 100.—.
- 29. Danzig 175.—.
- 31. Nordhausen 350.—.

Bremen, den 1. September 1931.

Job. Krohn.

„Kappel“- Reise- Schreibmaschinen



erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit durch ihre stabile Bauart und leichte Gebrauchsfähigkeit. Wir geben Ihnen gern ausführliche Angebote.

Maschinenfabrik Kappel
Chemnitz-Kappel

Unsere werten Kollegen

Derk Oelrich
Albrecht Diedrichs
Friedrich Burggräbe
Gerhard v. d. Poll

zu ihren

25jährigen
Verbands-Jubiläum
die
besten Glückwünsche
Zahlstelle Achim

Todfeinde der Arbeiterbewegung

Nach den beispiellosen Erfolgen der Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1930 wirkt sich der Rückschlag durch die Wirtschaftskrise doppelt aus. Trotzdem bewahren die Gewerkschaften eine bewundernswerte Festigkeit. Eine Erziehungsarbeit von mehr als 40 Jahren ist schließlich nicht umsonst gewesen. Die Massen suchen in den Zeiten einer allgemeinen Haltlosigkeit nach einem Widerstand, der ihnen wenigstens etwas Mut einzuflößen vermag. Diesen finden sie immer noch in den Gewerkschaften. Hinzu kommt noch die große Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften in der Krise. Bereitwilligerweise sind die Massenbestände für Unterstützungen in einer Weise zur Verfügung gestellt worden, die Bewunderung erregte. Man war einig in dem Ziel, alles zu tun, um die organisierte Arbeiterschaft so gut als möglich über die schwierige Periode hinwegzubringen.

Den Unternehmern ist es nicht unbekannt geblieben, daß sich die Kraft der Arbeiterbewegung um die Gewerkschaftsbewegung gruppierte. Deshalb eine einheitliche Meinung, die gegen die Gewerkschaften gerichtet war. Welches Unternehmerblatt man auch in die Hand nehmen mag, immer wird man eine feste Grundstimmung gegen die Gewerkschaften und ihren Einfluß antreffen. Man hält die gegenwärtige Zeit als sehr geeignet, die gewerkschaftlichen Vorposten zurückdrängen zu können. Manchmal schlägt die Antipathie gegen die Gewerkschaften in fanatischem Haß um. Deshalb das unablässige Verrennen der Regierung Brüning, unter allen Umständen die Schutzgesetze der Tarifverträge, des Schlichtungswesens usw. zu beseitigen. Bis jetzt konnten diese Angriffe noch immer abgeschlagen werden. Aber je länger die Wirtschaftskrise dauert, je mehr steigert sich die Hoffnung auf ein Niederrennen der gewerkschaftlichen Front.

Solchen Bemühungen können wir solange mit ruhigem Gemüthe entgegensehen, als wir die besonnene Arbeiterschaft hinter uns haben. Leider ist die Not der Zeit geeignet, gewissen verbrecherischen Elementen das Handwerk zu erleichtern. Die Kommunisten entpuppen sich immer mehr als die Todfeinde der Arbeiterbewegung. Schon die Beteiligung am Volksentscheid war nicht nur eine hirnerbrannte Idee, sondern geradezu ein Verbrechen. Die damit eingeschlagene Linie scheint man weiter beschreiten zu wollen. Die Niederlage vom 9. August hat die von Rußland subventionierte Verbrecherclique nicht nur nicht eines besseren belehrt, sondern sie geradezu zu neuen Taten ähnlicher Art angestachelt. Diese sogenannte Arbeiterpartei wird geführt von einem Bourgeoisöhnchen aus dem Berliner Westen, Heinz Neumann. Dieser gewissenlose Bursche, der ganz im Dienste Moskaus zu stehen scheint, spornt die Partei zu immer verzweifelteren Unternehmungen an. Allem Anschein nach ist jetzt die Gewerkschaftsbewegung wieder einmal als Kampfziel auszuweisen. Nach dem „Vorwärts“ Nr. 395 hat die Parteileitung der KPD. folgenden Beschluß gefaßt:

Der Einfluß der Lohnabbaugewerkschaften, des ADGB. muß zerbrochen werden, um den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie zu führen. Wir geben die Parole aus: Im Volksentscheid ging es gegen das Preußenbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter — jetzt geht es gegen das Gewerkschaftsbollwerk der kapitalistischen Ausbeuter. Wir verstärken unsere Arbeit innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, um die gemeingefährlichen Verbrecher an der Spitze des ADGB., die als bezahlte Unternehmeragenten immer neuen Lohnraub und Massenverelendung organisieren, einflußlos zu machen. Die Lohnabbau-Gewerkschaften stehen vor einer schweren Krise (Mitgliederflucht, 500 000 Anhänger haben den ADGB. im letzten Jahre verlassen, die Beiträge gehen nicht mehr ein, die Unterstützungszahlungen an Verbandsmitglieder werden um 30 Prozent und mehr abgebaut, Arbeiterbank und gewerkschaftliche Wirtschaftsbetriebe stehen vor dem völligen Bankrott). Die Bestrebungen breiter Mitgliedermassen und ganzer Belegschaften zur massenhaften Beitragsperre müssen tatkräftig unterstützt und zum Uebertritt in die KPD. gesteigert werden.

Hätte man einen solchen Beschluß jemals für möglich gehalten? Die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehenden Gewerkschaftsführer werden als Unternehmeragenten, ja als gemeingefährliche Verbrecher bezeichnet. Ist es notwendig, solche ehrenwerte und makellos dastehende Männer gegen solche gemeinen Vorwürfe in Schutz zu nehmen? Das dürfte sich erübrigen. Man bedenke, von welchen dunklen Gestalten solche Vorwürfe in die Welt gesetzt werden! Keiner von denen kann solche Erfolge und Errungenschaften aufweisen, die die Gewerkschaften unter Führung der verhassten Funktionäre in den letzten 12 Jahren zu verzeichnen hatten. Jeder Lohnabbau wurde von den Gewerkschaften mit allen Kräften zu verhindern versucht. Wenn es nicht ganz gelang, dann sind nicht zuletzt jene gewissenlose Elemente schuld, die die Gewerkschaften durch ihre Minierarbeit geschwächt haben. Daß eine so schwere Wirtschaftskrise Lohnabbaubestrebungen zu fördern vermag, und nicht alle bei guter Beschäftigung durchgesetzten Erfolge gehalten werden können, dürften gerade an verantwortungsvollen Posten stehende kommunistische Funktionäre bestätigen.

Die Gewerkschaften haben im Jahre 1930 Mitgliederverluste erlitten. Eine ganz natürliche Erscheinung, wenn das Wirtschaftsleben derart danieder liegt. Dennoch betrug der Mitgliederverlust nicht 500 000, sondern 230 640 oder 4,7 v. H. Die Moskawiter verdoppeln die Mitgliederverluste, weil es in ihren Kram paßt. Die Arbeiterbank und andere den Gewerkschaften nahestehende Wirtschaftsbetriebe sollen bankrott sein! Es war ein bemerkenswertes Zeichen der inneren Festigkeit der Arbeiterbank, daß in den Tagen der Bankstürme voll ausgezahlt werden konnte. Die privatkapitalistischen Institute haben vor Reid auf sie geblickt. Ebenso haben sich die Konsumgenossenschaften bisher

Splitter und Balken

Roman von Hedda Wagner (Nachdruck verboten.)

XIII.

Die Dämmerung war zur fast vollständigen Dunkelheit geworden. Hertha erhob sich. Sie wollte bei dem, was sie noch zu sagen hatte, dem Onkel in die Augen sehen können. Das Licht, das sie andrehte, tauchte den Raum in behagliche Helle.

Hertha nahm ihren Platz neben dem Onkel wieder ein. Sie schwiegen noch einige Minuten. Dann sagte Withold leise, wie tastend: „Ich habe es damals so halb geahnt, daß etwas anderes dich krank gemacht hat, als bloß irgendeine Störung der Nerven.“

Sie nickte. „Ja — es ist mir ins Mark gegangen. Wie beschmutzt und befudelt für ewige Zeiten bin ich mir vorgekommen . . . Aber dann habe ich begonnen zu überwinden. Mein Gewissen hat mich losgesprochen . . .“ Und plötzlich bog sie sich ganz nahe zu Withold hin, mit einem forschenden, angstvollen Blick. „Sag mir, Onkel Josef — du, der Wahrhaftige, Aufrichtige — sag mir: habe ich das dürfen? Kann mir vergeben werden?“

Withold sah sie mit einem tiefen, zärtlichen Blick an. „Oh du —“ sagte er, wie für sich. „Du gutes Kind! — Du fragst?! — Wo wäre deine Schuld? — Böses hast du auf dich genommen — um deiner Liebe willen: rein stehst du da vor dir selber — und alles Häßliche fällt zurück auf den, der dir es angetan.“

Er streichelte ihre Wangen und fühlte, wie sie sich unter plötzlich strömenden Tränen feuchteten. Ruhig ließ er sie weinen. Aber bald erkannte er, daß das keine Tränen endlicher seelischer Befreiung waren. Jetzt kam etwas unsagbar Bitteres zum Durchbruch, das erkannte er nun.

Endlich hatte sie sich wieder so weit in der Hand, daß sie sprechen konnte. Sie seufzte ein parmal tief und schwer auf. Und dann, mit einem trostlosen Blick auf ihn, sagte sie: „Aber das alles war noch nicht genug! Es kam noch mehr . . .“

Sie überlegte, ordnete ihre Gedanken. „Frau van Timmen hat mich in jener Nacht des Unheils ausspioniert. Sie hat mich fortgehen gesehen mit — mit ihrem Gatten . . . Und mag sie vielleicht ihr Zerwürfnis mit ihm, das ja dann zur Scheidung geführt hat, mir zur Last gelegt haben, mag sein, was immer: sie hat Rache genommen an mir — auf eine graufame, teuflische Art. Vor eitlichen Tagen war sie hier bei uns — gerade an jenem Tage, ehe Ernst abreiste.“

Withold begriff plötzlich. Das veränderte Benehmen des Neffen, Herthas Kummer, ihr Dahaimbleiben von der so sehnlich

In einer Weise widerstandsfähig gezeigt, daß man auch in der Zukunft diese Betriebe als vollgesichert betrachten kann. Nun kommen solche Strolche her, die nie in ihrem Leben Wirtschaftsbetriebe zu leiten hatten, und streuen solche unwahren Behauptungen in die Welt. Die kommunistisch geleiteten Konsumvereine in Halle, Gotha und anderen Orten wurden heruntergewirtschaftet und den Privatkapitalisten ausgeliefert. Die kommunistischen Zeitungsbetriebe können nur aufrechterhalten werden dadurch, daß das Personal sechs Stunden je Woche ohne Bezahlung länger arbeitet. Und dies alles trotz reichlicher Unterstützung von Moskau her. Wir können das Treiben solchen Gefindels nicht besser kennzeichnen, als dies die Tageszeitung der Brandler-Gruppe mit folgenden Worten tat:

Was hier die KPD-Führung ihren Mitgliedern anweist, ist ein Verbrechen an der ganzen Arbeiterklasse. Ueberhaupt, aber ganz besonders in der jetzigen Situation — in der das Großkapital und der Faschismus die letzten Kräfte ansetzt, um die Tarife und damit die Gewerkschaften zu zerschlagen — zur „Beitragsperre“ und „Zerbrechung der Gewerkschaften“ aufzufordern, das heißt die Geschäfte der schlimmsten Scharfmacher und Klassenfeinde zu besorgen, heißt dem Proletariat den Dolchstoß zu versetzen.

Früher saßen die Todfeinde nur in den Reihen der reaktionären Junker und Großkapitalisten, heute haben sich diesen jene Elemente zugesellt, die die Führung der KPD. an sich gerissen haben. Soll die Arbeiterschaft ihre Stellung in Staat und Wirtschaft nicht vollständig verlieren, so muß diesen Verbrechern das Handwerk so schnell als möglich gelegt werden.

Stimmungsbilder aus Amerika

(JWB.) Voraussetzungen aus Amerika sind mehr ein Symptom der Stimmung als der tatsächlichen Entwicklung in USA. Da die Stimmung je nach dem Parteilager und den wirtschaftlichen Sonderinteressen verschieden ist, sind es auch die Prognosen. Im Frühling dieses Jahres hieß es in vielen Kreisen in USA., daß bis zum Herbst eine Besserung der Konjunktur unfehlbar eintreten werde. Gleichzeitig malten wirtschaftliche Sachverständige den nächsten Winter schon damals in den schwärzesten Farben. Während der ersten Sommermonate sind die verschiedensten Symptome — so z. B. eine gewisse Erholung auf dem Metallmarkt (der immer als ausschlaggebendes Barometer der allgemeinen Konjunktur gegolten hat) und ein gewisser Rückgang der Arbeitslosigkeit — zur Aufhellung der Gemüter herangezogen worden. Daneben waren aber auch pessimistische Kommentare im Zusammenhang mit der Entwicklung der Handelsbilanz usw. an der Tagesordnung.

Als sich nun in den letzten Wochen herausstellte, daß die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen begriffen ist, setzte eine gewisse Panikstimmung ein, die die Unterbreitung eines von 1200 bekannten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschriebenen Appells an den Präsidenten Hoover zur Folge hatte. Es wird darin gesagt, daß man mit je 6 Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeitern zu rechnen habe und eine spezielle Sitzung des Kongresses einberufen werden soll, die 600 Millionen Pfund Sterling für öffentliche Arbeiten und 100 Millionen Pfund Sterling für die Unterstützung der Arbeitslosenfürsorge und -versicherung in den einzelnen Staaten bereitstellen soll. (Im Gegensatz

erwarteten Reise . . . Und indes er sich die Dinge so zusammenzureimen versuchte, hörte er Hertha weiterreden: „Sie war da — und hat Ernst alles gesagt.“

Wieder eine Pause machend, neigte sie tief, wie unter einer erdrückenden Last, den Kopf. „Und jetzt ist alles aus . . .“

„Nein, nein!“ — Withold erhob beschwichtigend die Hand. „Es muß ja für dich peinvoll gewesen sein — dies Hervorzerrn von Dingen, die du glaubtest begraben und mit dir abgemacht zu haben — aber bedenke, Hertha: ist es nicht doch am Ende besser, daß nunmehr volle, aufrichtige Klarheit zwischen dir und deinem Gatten herrscht? Nun er weiß, daß er die volle Wiederherstellung seines guten Namens dir und deiner aufopfernden Liebe dankt — muß euch das nicht noch fester einen?“

Sie schüttelte den Kopf; ein Zug bittersten Wehs grub sich um ihren Mund. „Oh — da kennst du Ernst schlecht, Onkel Josef!“ sagte sie, und ihre weiche Stimme wurde ganz hart. „Ich habe auch gemeint, er werde verstehen, vergeben — aber es ist ganz anders gekommen! — Nichts als böse, schlimme Worte hat er für mich gehabt; nicht geglaubt hat er mir, daß ich in Angst und Not mir nimmer anders zu helfen wußte. Er hat es mir mit dünnen Worten gesagt, daß ich vielleicht recht froh gewesen bin, so eine romantische Gelegenheit gefunden zu haben —“ sie schüttelte sich, wie von jähem Frost überlaufen. „Der Zweck heiligt nicht das

zur Bundesregierung stehen die Regierungen verschiedener Staaten der Arbeitslosenversicherung nicht unbedingt ablehnend gegenüber.)

Gerade dieser Hilferuf hat nun wieder beruhigende Feststellungen zur Folge gehabt. General Daves, Gesandter der USA. in Großbritannien, erklärte bei seiner Ankunft in London, daß man in Amerika optimistischer sei. Im ganzen Lande sei ein höherer Verbrauch an Elektrizität festzustellen, was eines der besten Zeichen für die Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sei. Der Rückgang des Elektrizitätsverbrauches habe schon im Juni 1929, also 4 Monate vor dem großen Krach begonnen. Er war das erste Zeichen des nahenden Gewitters und sei jetzt die Zunahme auch das erste Zeichen einer Besserung. Auch die Geschäftsberichte für das zweite Vierteljahr 1931 seien günstiger als man erwartete.

Fast gleichzeitig wird dem „Daily Telegraph“ aus Newyork gemeldet, Hoover und seine Ratgeber seien trotz der optimistischen Erklärungen von Daves überzeugt, daß auch eine ganz entschiedene Besserung der Geschäftslage an der Schlussfolgerung nichts ändern werde, wonach der nächste Winter einer der kritischsten Winter der Geschichte der Vereinigten Staaten sein wird. Auch heute sei Hoover noch Gegner einer staatlichen Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung, wenn sich jedoch die Lage nicht bessere oder gar verschlimmere, so würden trotz aller politischen Prinzipien staatliche Hilfsmaßnahmen ins Auge gefaßt werden müssen. In vielen Fällen seien die Unternehmer trotz ihres gegenteiligen Versprechens zu Lohnherabsetzungen übergegangen, was zu einer schnellen Erhöhung der Zahl der Streiks führte. (Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hat neuerdings bekräftigt, daß seine Organisationen gegen Lohnherabsetzungen unbarmherzig Stellung nehmen werden.) Da die meisten Wohltätigkeitsvereine ihre Mittel erschöpft haben, werde die Regierung um eine Intervention zugunsten der Arbeitslosen nicht mehr herumkommen. Wenn es die Lage erfordere, werde evtl. der Kriegsminister zur Verteilung von Kleidern und Lebensmitteln übergehen.

Arbeitslosenhilfe, Versailles-Vertrag und Wettrüsten

Ein Aufruf des „Daily Herald“

Zur Regierungskrise und dem Kabinettswechsel in England bringt das Organ der Arbeiterpartei „Daily Herald“ (24. August) einen groß aufgemachten Aufruf, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

Es war unvermeidlich, daß der entschlossene und sorglich durchdachte Plan, die Regierung zur Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, zu den Auswirkungen führte, über die wir heute berichten. . . Dieser Vorstoß, wir haben es immer und immer wieder gesagt, ist selbstmörderisch. Indem man den Arbeitslosen und den Arbeitern Geldmittel entzieht, verschärft man die Krise und erhöht die Arbeitslosigkeit. . .

Auch lassen sich die Finanzschwierigkeiten nicht trennen von vorhergegangenen Dingen, die mit dem Vertrag von Versailles ihren Anfang nahmen. Von dem Augenblick an, als dieser kar-

Mittel — hat er mir gesagt und daß es zwischen uns aus und vorbei sei.“ Und plötzlich schlug eine Flamme des Zorns in ihren grauen Augen hoch und sie erhob sich jäh. „Statt Liebe fand ich einen harten Richter. — Unrecht ward mir angetan von dem, den ich am meisten geliebt habe — Gut: mag's denn aus und vorbei sein mit uns beiden — wenn er es so will —“

Withold lehnte erschüttert in seinem Krankensessel. „Hertha!“ mahnte er, und sah sie mit einem guten bittenden Blick an. „Du Tapfere, Liebe — du mußt auch ein wenig deinen Mann verstehen. Es ist nun schon einmal so, daß es in der männlichen Natur liegt, mit den Dämonen der Eifersucht herumschlagen zu müssen . . . auch wo diese Stimme nicht sprechen dürfte, schreit sie auf . . . Aber dennoch —“

„Du entschuldigst Ernsts Verhalten gegen mich?“ fragte sie zurück.

„Nein — nicht entschuldigen, Kind — nur verstehen, ein wenig begreifen möcht' ich dir's lehren. Daß aus eurer beiderseitiger Erregung, die euch heute Worte finden ließ, nicht noch Schlimmeres entstehe —“

„Es kann nicht mehr schlimmer kommen, als es schon geworden ist —“ sagte Hertha tonlos. Sie zwang sich gewaltsam zur Ruhe. „Weißt du, Onkel, daß da noch etwas ist — etwas ganz Fürchterliches? — Ein so überstrenger Richter, wie Ernst es sein

thagische Friede auferlegt wurde, erhoben sich warnende Stimmen in der Arbeiterbewegung, doch die Warnenden wurden von manchen verspottet, die für die heutige Situation verantwortlich sind.

Es wurde vorausgesagt, daß die Reparationen großen Schaden verursachen werden, daß sie letzten Endes abgeschafft werden müssen und daß der ganze Geist des Vertrages zu einem neuen Wettrüsten führen wird. (Im Original gesperrt.)

Die Ereignisse bestätigen die Voraussage. In der ganzen Menschheit beginnt man einzusehen, daß die Welt nicht zu normalen Bedingungen zurückkehrt, ehe die internationalen Kriegsschulden gestrichen sind.

Auch die Abrüstung muß kommen. In diesem Lande gibt man jetzt jährlich 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Reichsmark) für militärische Zwecke aus.

Diejenigen, die diese Ausgaben befürworten und sie noch erhöhen möchten, sagen als erste, England sei zu arm, um seinen Lehrern, Beamten, Polizisten ein anständiges Gehalt zu bezahlen, den Kindern einen ordentlichen Schulunterricht zu bieten und die Arbeitslosen in einem Zustande zu erhalten, der ihnen die Rückkehr ins Erwerbsleben ermöglicht, wenn die Zeit gekommen ist.

England ist noch nicht abgewirtschaftet; aber die Lösung seiner Schwierigkeiten liegt nicht auf der Linie der Verarmung der Massen durch drastische Einschnitte in die Erwerbslosenunterstützung, wilde Zugriffe auf die Löhne und Abdrosselung der sozialen Leistungen. . . . F.

Nationalsozialisten und Gewerkschaften

Der „N.P.-Korrespondenz“ entnehmen wir:

Ueber den neuen Kurs der Hitler-Partei den Gewerkschaften gegenüber verraten die soeben von der Münchener Parteileitung als „streng vertraulich“ herausgegebenen „Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ folgendes:

Für die Werbung ist die Kenntnis der nationalsozialistischen Einstellung zu den Gewerkschaften bedeutsam. Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den freigewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch jedoch muß er den Weg zur NSDAP. finden.

Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen, und die Mitgliedenschaften in den Gewerkschaften und der NSDAP. schließen sich nicht aus.

Die parteiamtliche Stellungnahme lautet: Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren heutigen gewerkschaftlichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.

Im übrigen bietet das Verbleiben in den bestehenden Gewerkschaften, trotz der offensichtlichen Mängel, mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeitnehmer auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind.

will: der müßte doch selber ganz rein sein . . .“ Sie lachte plötzlich in qualvollem Selbsthohnen auf. „Am Tage, da Ernst weggegangen war — da war sie wieder bei mir — sie, Elise van Limmen, die all dies Häßliche verschuldet hat . . . Und weißt du, was sie mir da gesagt hat? — Daß Ernst ihr Geliebter gewesen ist — diese ganze Zeit her. — Und für den Mann, der kaltherrig mich betrogen und getäuscht hat, habe ich mich in den Schmutz werfen müssen.“

Nun riß es den alten Mann hoch — er hätte aufspringen mögen, als sie nun fortfuhr: „Dahin hat er es gebracht, daß mich meine Tat reut. Er war es nicht wert, daß ich mich wegwarf . . . Ja, jetzt ist alles aus: Vertrauen und Liebe und Freude —“

Sie stand wie erstarrt in ihrer schmerzhaften Empörung. Und auch Witthold fand zuerst kein Wort. Ein paar Bibelsprüche gingen ihm durch den Kopf; wer sich frei von Sünde fühlt, der werfe den ersten Stein — und jener andere vom Splitter und Balken.

Und er begriff, daß in der Seele dieser bedingungslos liebenden, vertrauenden Frau durch solches Erleben alles niederbrechen mußte . . .

Aber nun raffte er sich zusammen. Suchte nach Worten — und fand sie.

„Arme, arme Hertha. — Gewiß, du bist zu beklagen. Ich will dir auch nicht mit banalem Troste kommen. Nur eins laß mich

„Parteibuch“-Beamtentum?

Eines der niederträchtigsten Schlagwörter, mit denen gegen den republikanischen Staat geheßt wird, ist das vom „Parteibuch“-Beamtentum.

Soweit die politischen Stellen in Betracht kommen, wird dieses Schlagwort durch die Tatsache widerlegt, daß zurzeit nur rund 20 Prozent der politischen Beamtenstellen in Preußen mit Sozialdemokraten besetzt sind. Es befinden sich nach einer Mitteilung, die Ministerpräsident Dr. Braun kürzlich gemacht hat, unter 12 Oberpräsidenten 4 Sozialdemokraten, unter 34 Regierungspräsidenten 8 Sozialdemokraten, unter 43 Polizeipräsidenten 23 Sozialdemokraten, unter 400 Landräten 65 Sozialdemokraten.

Damit vergleiche man das Zahlenbild aus dem alten Preußen aus dem Jahre 1913. Damals waren 12 Oberpräsidenten sämtlich konservativ, 36 Regierungspräsidenten sämtlich konservativ, 438 Landräte sämtlich konservativ.

Soweit es sich um die übrigen Beamtenstellen handelt, ist das Schlagwort vom „Parteibuch“-Beamtentum nicht minder unmaßgeblich. Mit ihm wehren sich nur diejenigen, die das Beamtentum als Kastei im Staat erhalten möchten, dagegen, daß auch Außenseiter, die sich die erforderliche Befähigung auf einem anderen als dem vorgeschriebenen Bildungsgang erworben haben, in die Beamtenlaufbahn eindringen. Sie alle werden einfach als „Parteibuch-Beamte“ verdächtigt. Allerdings, im alten Staate gab es kein Parteibuch-Beamtentum! Da diente einfach der Schmiß, da diente das Band des Korps als Legitimation, da genügte die adlige Abstammung, um den „Außenseiter“, mag sein Wissen auch nur auf dem väterlichen Gute erworben worden sein, als geeigneten Beamten zu legitimieren.

Die Angst vor der Kontrolle

Nachdem die deutsche Reichsregierung ihren Willen kundgegeben hat, eine Organisation zur Kontrolle der Banken zu schaffen, sind die Unternehmer und die Vertreter der sogenannten „freien“ Wirtschaft ganz aus dem Häuschen. Sie glauben, daß es bei der Kontrolle der Banken nicht bleibt. Ueberdies ist die Bankenkontrolle eine so einschneidende Handhabe, daß damit mit Leichtigkeit große Teile der Wirtschaft direkt und indirekt nach bestimmten Richtungen gelenkt werden können. Die Vorschläge, die in der „Gewerkschafts-Zeitung“ über ein Kontrollamt der Banken veröffentlicht wurden, haben wie eine Bombe eingeschlagen. Man kann daraus schließen, daß diese Vorschläge gut waren! Nicht ganz mit Unrecht befürchten Unternehmerkreise, daß ein Kontrollamt nach den Vorschlägen der Gewerkschaften ein wesentlicher Faktor zur Einführung der Wirtschaftsdemokratie sein würde und Weiterungen nach sich zieht. Vor einer solchen Entwicklung haben sie Angst. Wie sich diese äußert, dafür eine Auslassung der Wirtschaftszeitung „Rhein und Ruhr“ Heft 33:

Während der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede ausdrücklich betonte, daß seine Vorschläge und Pläne „keinen Schlag gegen das freie Bankgewerbe“ bedeuten würden, benutzte Naphtali diese Ankündigung

dir sagen: jenen Gedanken, daß dich dein Opfer reut — den darfst, den sollst du nicht haben. Denn dann würde es dir in Wirklichkeit zu einer über-schweren Last werden, an der du schleppen müßtest —“

Sie unterbrach ihn leidenschaftlich. „Es soll mich nicht reuen, daß ich mich wegen eines Mannes, der mich hinterging, betrog und täuschte und der dann noch gegen mich es wagt, den über-strengen Richter zu spielen — daß ich mich wegen ihm so weg-geworfen habe?! — Onkel Josef — kannst du dich in die Seele einer Frau hineindenken —“

Er unterbrach sie. „Gewiß, Hertha — zumal in die deine. Aber versuch es, gerecht zu sein. Gerade du, die du mit vollem Recht über Ungerechtigkeit klagst . . . Und darum sage ich dir noch einmal: nicht bereuen! Wer aus reinen Beweggründen gehandelt hat, der hat das Recht, sich fürder, wie sich auch die Dinge entwickeln mögen, vor sich selber zu seiner Tat zu bekennen. Er darf sagen: ich habe geirrt, aber nie: ich bereue! — Du hast einem Unschuldigen, — denn das ist ja Ernst in diesem Stücke! — mit Einsatz deiner Persönlichkeit zur Wiedererlangung seiner Ehre verholten. Groß warst du in opferwilliger Liebe — sei jetzt nicht klein in richtiger Einsicht . . .“ Und mit einem mitleidvollen Blick auf sie, fügte er noch hinzu: „Das sage ich dir, gute, liebe Hertha — trotzdem ich deinen Schmerz

zu einem großzügig angelegten Kriegszug gegen die gesamte Privatwirtschaft. Denn es ist offensichtlich, und entspricht durchaus der Taktik von Naphtali, daß das von ihm vorgeschlagene Bankennamt mit seinen bereits sehr weitgehenden Befugnissen nur den Grundstein für einen umfassenden wirtschaftsdemokratisch orientierten Umbau der gesamten Privatwirtschaft bilden soll. Der Vorschlag der Sonderkommissare für einzelne Wirtschaftszweige läßt eindeutig erkennen, wie Naphtali sich die schrittweise Eroberung der einzelnen Zweige der Privatwirtschaft denkt. Nach und nach würde dieser wirtschaftsdemokratische Generalstab sich in die einzelnen Industriereniere einschalten und sehr bald den Nachweis führen, daß es mit der rein bankmäßigen Kredit- und Kapitalkontrolle noch nicht getan ist. Den Staatskommissaren bei den Großbanken würden in absehbarer Zeit Staatskommissare bei den Großfirmen der Industrie und des Handels zur Seite treten. Die dann weiter folgende Entwicklung überlassen wir der Phantasie unserer Leser.

Der Schriftleiter der obengenannten Wirtschaftszeitung, Dr. Dietrich, hat im großen und ganzen die mögliche Entwicklung richtig gezeichnet. Daß bei manchen großen Industrieunternehmen eine Kontrolle ebenfalls dringend am Platze wäre, hat der Nordwolle-Skandal bewiesen. Aber aus der Polemik der Zeitschrift „Rhein und Ruhr“ leuchtet nur zu deutlich die Angst vor der Kontrolle hervor. Desto eifriger müssen die Gewerkschaften eine solche fordern und sich durchzusetzen versuchen.

Bei der Volksfürsorge geht's weiter vorwärts

Der immer wieder von gewissen Kreisen gegen die Gewerkschaften erhobene Vorwurf, daß sie mit ihren Anschauungen nur den Heilungsprozess der Wirtschaft hindern, ist schon sehr oft in eindrucksvoller Weise widerlegt worden, verschwindet aber aus bestimmten Gründen nicht aus der Debatte der Zeit. Die Gewerkschaften sind aber nicht nur fähig, mit ihren Beschlüssen wegweisend zu wirken, sondern bieten mit den vorhandenen Wirtschaftsbetrieben der Arbeiterschaft auch in der Praxis den besten Beweis dafür, daß richtige Wirtschaftsführung auch einen reibungslosen Wirtschaftsablauf ermöglicht. Wir berichten ständig über die Fortschritte der Konsumgenossenschaften und haben auch kürzlich über die Jahresabschlüsse der Arbeiterbank und der Volksfürsorge Erfreuliches sagen können. Jetzt liegt nun das Ergebnis der Volksfürsorge für das erste Halbjahr 1931 vor. Vom Januar bis Juni wurden insgesamt 159 461 neue Versicherungsanträge mit 69 192 324 RM. Versicherungssumme eingereicht. Der Prämienatz beläuft sich für die Volksversicherungsanträge (die sogenannte kleine Lebensversicherung mit monatlicher Prämienzahlung) auf monatlich 357 569 RM. und für die Lebensversicherungsanträge mit vierteljährlicher Prämienzahlung auf 68 290 RM. vierteljährlich. Das Ergebnis kann als günstig bezeichnet werden, wenn man berücksichtigt, daß es speziell die arbeitende Bevölkerung ist, die Versicherungen bei der Volksfürsorge abschließt, und gerade diese Kreise tragen heute die größten Opfer.

lichen Groll voll verstehe . . . Und noch eins: weißt du denn, ob jene Frau, die voll ist von allem Bösen, wie es scheint, nicht gelogen hat? Weißt du, ob sie wirklich die Wahrheit spricht? Weißt du, ob es wirklich so stand zwischen ihr und Ernst, wie sie behauptet? Und wenn nicht — was dann?!

Er hielt inne — sah sie forschend an. Rote und Blässe wechselten auf ihren Wangen, aber sie war etwas ruhiger, dachte nach, überlegte.

„Ich will dir etwas sagen, Hertha!“ — sagte er leise nach einer kleinen Pause. „Ich möchte dir einen Rat geben. Versuch es, dich zu beruhigen . . . Denke nach, sammle dich! Dann aber —“

Sie unterbrach ihn. „Ich denke doch seit Tagen nichts anderes“, sagte sie klagend. „Aber es wird nicht anders, wie ich es auch hin und her drehe —“

„Nein, nein, Hertha — so ist es nichts! — Es ist noch nicht alles verschüttet. Willst du meinen Rat hören? — Sprich dich offen mit Ernst über das Ganze aus — auch über das, was jene schlechte Frau dir zugetragen hat. Vielleicht, daß es dann wieder besser wird.“

Sie schüttelte den Kopf. „Etwas in mir sagt es mir leider, daß diese — diese Frau nicht gelogen hat“, sagte sie. „Aber ich

Abbau der Arzthonorare in der Krankenversicherung

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 bezweckte bekanntlich eine Einsparung von etwa 10 Prozent der Kosten der Krankenversicherung zugunsten der Arbeitslosenversicherung. Der Zweck ist auch tatsächlich erreicht worden, allerdings nur unter schwerer Belastung der Versicherten. Inzwischen ist die Krankenversicherung selbst notleidend geworden. Mit den sinkenden Löhnen sind auch die Beiträge der Krankenkassen, die in Prozenten der Löhne berechnet werden, zusammengeschnitten. Wenn nun auch das Krankengeld den Löhnen ebenso folgt wie andere Barleistungen, erfordern die Sachleistungen, also ärztliche Hilfe, Krankenhauskosten usw., im wesentlichen dieselben Kosten wie früher. Auf die Dauer ist das für die Krankenkassen unerträglich. Die Kassen haben den Ärzten und übrigen Heilberufen deshalb bedeutet, daß auch sie, ebenso wie die Versicherten es schon getan haben, Opfer bringen müssen. Diese Bemühungen haben zum Teil Erfolge gezeitigt. In Verhandlungen, die am 31. Juli zwischen den Kassen- und Ärzteverbänden stattfanden, haben die Ärzte freiwillig eine Senkung der Arzthonorare zugestanden. Die Abschläge von den Honoraren, die die Ärzte den Kassen gewähren, bewegen sich je nach der Leistungsfähigkeit zwischen 10 bis 20 v. H. der im Vorjahre gezahlten Honorare. Es handelt sich zunächst um eine vorläufige Regelung, die durch eine endgültige möglichst bald abgelöst werden soll. Bemerkenswert ist, daß die Ärzte für die Endlösung ein System vorschlagen, das darauf hinausläuft, ihre Honoraransprüche eng mit den Löhnen der Versicherten zu verknüpfen. Es soll ein gleitendes Honorar für die Ärzte eingeführt werden, das automatisch den Löhnen der Versicherten folgt. Bei sinkenden Löhnen würde demnach das Honorar der Ärzte auch sinken, während es bei Lohnsteigerungen natürlich auch automatisch steigen würde. Wir halten diesen Vorschlag für grundsätzlich sehr beachtenswert. Ob er durchgeführt werden kann, läßt sich aber noch nicht übersehen. Die Vertreter der Betriebskrankenkassen haben bereits ihre Bedenken angemeldet, weil bei diesem System die Ärzte an der Lohnfestsetzung bei den Versicherten zu sehr interessiert würden. Die Betriebskassen mögen sich jedoch beruhigen. Die organisierte Arbeiterschaft wird auch ohne Hilfe der Ärzte ihre Lohnverhandlungen zu führen wissen.

Gummiwaren Hygien. Artikel. Preis. T 2 gratis „Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jacobsstraße 8



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruoffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

will dir folgen. Ruhig, so ruhig ich es mit meinem schmerzgeiztornen Herzen kann, will ich überlegen . . . Und dann mich mit Ernst aussprechen. Wenn er zurückkommt . . . Aber eins, Onkel Josef, mußt du mir versprechen: daß du dabei sein willst — in der Nähe wenigstens bei dieser Auseinandersetzung. Als mein gutes Gewissen —“ sie versuchte zu lächeln — „das du immer warst . . . Damit ich nicht ganz allein und verlassen bin.“

Withold wiegte den Kopf hin und her; er hatte so seine Bedenken. „Es möchte wohl am besten sein, wenn ihr beide das ganz allein unter euch abmachen wolltet“, sagte er still. „Ist zwischen so Engverbundenen, wie ihr es seid, nicht jeder Dritte zuviel? — Aber wir wollen sehen — was die Stunde bringt . . .“

Er sah, wie müde sie war. Die seelischen Erschütterungen der letzten Tage wurden auch ihrer Jugendkraft allmählich zuviel. „Geh jetzt, Kind“, sagte er darum. „Morgen ist auch noch ein Tag! Möge er für dich — für uns alle ein besserer werden . . .“

Sie neigte sich zu einem Gutenachtkuß über ihn, wie sie es allabendlich zu tun pflegte. Er fühlte, wie ihre Lippen zuckten. „Guter Onkel Josef!“ flüsterte sie leise. Dann ging sie hinaus.

Der alte Mann neigte tief das Haupt auf die Hand. Arme Hertha dachte er. Böse haben die Menschen dir mitgespielt . . .

(Fortsetzung folgt.)